

Auswirkungen von Studiengebühren auf die Chancengleichheit von Frauen

Steffi Geyer

Abstract

Das Bundesverfassungsgericht eröffnete im Januar 2005 den Bundesländern die Möglichkeit Studiengebühren einzuführen. Trotz zum Teil massiver Proteste und immer noch laufenden juristischen Auseinandersetzungen nutzen bereits sechs Bundesländer diese Option. Ein Kritikpunkt am Gebührenstudium war von studentischer und gewerkschaftlicher Seite der Hinweis auf negative geschlechtsspezifische Auswirkungen von Gebühren. Frauen müssen mit schlechteren Verdienstaussichten und Aufstiegschancen rechnen und haben aufgrund der Pflege von Angehörigen häufige Erwerbsunterbrechungen. Auch in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern wurden Studiengebühren eingeführt. Unklar ist, ob hier die erwarteten Befürchtungen eingetreten sind.